



---

## Aktueller Begriff

### Das Sanktionsregime gegen Myanmar auf dem Prüfstand

---

Myanmar (Burma) befindet sich seit März 2011 in einem politischen Öffnungsprozess, der bereits zu einem Umdenken der westlichen Staatengemeinschaft gegenüber dem international einseitig weitgehend isolierten Land geführt hat: Die EU hat am 30. April 2012 alle Sanktionen gegen Myanmar - mit Ausnahme des Waffenembargos –für ein Jahr ausgesetzt. Zudem nahm sie ihre bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar wieder auf. Mit der im April 2013 bevorstehenden Überprüfung des Sanktionsregimes und der Diskussion um eine mögliche Aufhebung von Sanktionen steht auch eine Bewertung von Reformschritten gegenüber anhaltenden Menschenrechtsverstößen an. Auch die USA trugen 2012 dem Reformkurs mit einer Lockerung eines Großteils ihrer Handelsbeschränkungen Rechnung. Auf diplomatischer Ebene wurde die politische Isolierung Myanmars ebenfalls beendet: Die EU plant die Einrichtung einer diplomatischen Vertretung; die USA entsandten im Mai 2012 Derek Mitchell als Botschafter, um die vollen diplomatischen Beziehungen zu Myanmar wiederherzustellen.

Maßgeblich für eine Aufhebung der Sanktionen der westlichen Staatengemeinschaft ist die Fortsetzung des Reformkurses von Präsident Thein Sein, wie er sich bisher insbesondere in der Amnestie politischer Gefangener manifestiert. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind seit Mai 2011 über 800 politische Gefangene freigelassen worden, darunter auch die 15 Jahre unter Hausarrest stehende Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi. Ihre Partei *Nationale Liga für Demokratie* wurde nach einer Änderung des Parteiengesetzes wieder zugelassen. Am 1. April 2012 errang sie bei Wahlen zur Nachbesetzung von 45 Parlamentssitzen allein 44 dieser Sitze. Dessen ungeachtet autorisiert die aus dem Jahr 2008 stammende Verfassung das Militär, ein Viertel der insgesamt 664 Parlamentssitze ohne Wahl zu besetzen. Verfassungsänderungen ohne Zustimmung der vom Militär entsandten Abgeordneten sind daher kaum möglich. Trotz der seit 2011 nominellen Aufhebung der Pressezensur bleibt auch die Meinungsfreiheit in Myanmar aufgrund restriktiver Richtlinien für Journalisten eingeschränkt. Im *Weltpresseindex von Reporter ohne Grenzen* wird Myanmar auf Platz 151 von 179 Nationen geführt. *Transparency International* listet das Land in seinem Korruptionsindex auf Platz 172 von 176 untersuchten Ländern. Als Lackmustest für anhaltenden politischen und ökonomischen Reformwillen gelten der westlichen Staatengemeinschaft freie Präsidentschaftswahlen im Jahr 2015, eine dauerhafte politische Teilhabe zivilgesellschaftlicher Kräfte sowie die Lösung der gravierenden Minderheitenkonflikte.

Der Umgang mit den 135 ethnischen Minderheiten stellt das Land vor eine besondere Herausforderung. Seit der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1948 bestehen bewaffnete Konflikte

---

#### Nr. 11/13 (22. März 2013)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

zwischen der Armee und Rebellentruppen. Besonders betroffen davon sind die muslimischen Rohingya und die christliche Minderheit der Kachin in der nördlichen Grenzregion. In diesem Zusammenhang haben jüngst zwei humanitäre Krisen international Aufmerksamkeit auf sich gezogen: Im Grenzgebiet zu China und Indien, im Bundesstaat Kachin, leben infolge des im Juni 2011 wiederaufgeflamnten bewaffneten Konfliktes zwischen den Streitkräften Myanmars und der *Kachin Independence Organization* etwa 75.000 Menschen als Binnenflüchtlinge. Die Nichtregierungsorganisation *Human Rights Watch* macht das Militär Myanmars für außergerichtliche Tötungen, sexuelle Gewalt, Folter, Zwangsarbeit, Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten und gezielte Angriffe auf Zivilisten in den Bundesstaaten Kachin und Shan verantwortlich. Die seit Juni 2012 wiederholt auftretenden ethnisch-religiösen Auseinandersetzungen im westlichen Bundesstaat Rakhine zwischen burmesischen Buddhisten und muslimischen Rohingya haben nach Schätzungen der Vereinten Nationen zur Vertreibung von etwa 115.000 Rohingya geführt. Der im Grenzgebiet zu Bangladesch lebenden, etwa 800.000 Menschen umfassenden Minderheit wird die Staatsangehörigkeit verweigert, da die Regierung von Myanmar sie als Bengalen betrachtet. Einem Bericht des US-Außenministeriums zufolge sind staatenlose Minderheiten wie die Rohingya in besonderem Maße von Menschenhandel und Zwangsarbeit durch das Militär sowie aufständische Milizen betroffen. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Menschenrechtssituation in Myanmar, Tomas Ojea Quintana, forderte jüngst die Regierung zur strafrechtlichen Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen der Konfliktparteien auf. Präsident Thein Sein hatte bereits 2011 in einer Regierungserklärung den Abschluss von Waffenstillstandsabkommen als entscheidenden Schritt in einem Aussöhnungsprozess bezeichnet. Bis März 2013 lagen Abkommen mit etwa zehn bewaffneten ethnischen Gruppen vor.

Ob die seit 1996 bestehenden Sanktionen der westlichen Staatengemeinschaft bislang wirksam waren, bleibt umstritten. Unbestritten ist jedoch, dass sich die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen Myanmars mit asiatischen Nachbarstaaten in dieser Zeit intensivierten, insbesondere mit China und Indien. China als dem größten Investor und politischen Garanten der Militärjunta Myanmars werden Ambitionen zugeschrieben, das rohstoffreiche Myanmar zum strategischen Vorposten in Südostasien machen zu wollen – nicht zuletzt auch, um die geopolitische Position Chinas hinsichtlich seiner Territorialansprüche im südchinesischen Meer zu stärken. Umso mehr überraschte die Entscheidung von Präsident Thein Sein im September 2011, das von China initiierte, milliarden schwere Bauprojekt eines hydroelektrischen Staudamms, des Myitsone Damms im Nordosten Myanmars, zugunsten von Umweltverträglichkeitsprüfungen auszusetzen. Das Bauwerk hätte zur Umsiedlung Tausender Burmesen geführt und war in der Bevölkerung umstritten. Angesichts der ökonomischen Abhängigkeit Myanmars von China und einem 2010 mit den USA aufgenommenen politischen Dialog wurde dies von der westlichen Staatengemeinschaft als ein Signal des politischen Öffnungswillens und der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kräfte des Landes interpretiert.

Quellen:

- **Human Rights Watch (2013)**. World Report 2013 – Burma, Abrufbar unter: <http://www.hrw.org/world-report/2013/country-chapters/burma>.
- **Vereinte Nationen (2012)**. A 67/383. Der VN-Sonderberichterstatters zur Menschenrechtssituation in Myanmar vom 25.09.2012, Abrufbar unter: <http://www.ohchr.org/EN/countries/AsiaRegion/Pages/MMIndex.aspx>.
- **Yun Sun (2012)**. China's Strategic Misjudgement on Myanmar. In: Journal of Current Southeast Asian Affairs, GIGA, 1, S.73-96.